

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Der Marksturz.

Die Arbeit des Untersuchungsausschusses.

Der Parlamentarische Ausschuss zur Untersuchung der Ursachen des Marksturzes hielt heute vormittag im Reichstag eine öffentliche Sitzung ab, nachdem er inzwischen in zwei vertraulichen Sitzungen weiterberaten hatte. Der Vorsitzende des Ausschusses, Abg. Lange-Heegermann, betonte einleitend, daß in den vertraulichen Verhandlungen, in denen der Reichsbankpräsident, Vertreter der Behörden und der Bankier Loeb vom Bankhaus Mendelssohn u. Co. vernommen worden sind, nichts gesagt worden sei, was das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen hätte. Das ist lediglich insofern richtig, daß man eben auch in den vertraulichen Sitzungen nur das Notwendigste gesagt und recht dürftige Auskünfte erteilt hat. Es wäre wohl wünschenswert gewesen, daß die Arbeit des Ausschusses durch nähere Angaben über den Verlauf der Markflucht und über die Quereingriffe gegen sie wenigstens in den vertraulichen Sitzungen besser gefördert wurde. Der Vorsitzende sagte auch die Bedeutung des Ausschusses herab, denn er meinte, daß man von ihm eine Befestigung des Markturzes nicht erwarten könne. Wahrscheinlich ist das die Meinung der Ausschussmehrheit. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Ausschusses jedenfalls sind der Meinung, daß die ganze Art der Arbeit des Ausschusses die Möglichkeit erhöhen soll, die Devisenspekulation zu bekämpfen und damit sehr wohl zur Stützung der Mark beitragen kann.

Zunächst gibt Herr Loeb vom Bankhaus Mendelssohn u. Co. eine Darstellung des Verlaufes der Stützungaktion der Mark, gesehen vom Standpunkt der Börse aus. Mit dem Reichsfinanzministerium und der Reichsbank sei die Börse damit einverstanden gewesen, daß der Versuch gemacht wurde, nach dem Ruhrbruch den Kurs des Dollars herunterzudrücken und auf einem günstigen Niveau zu halten. Doch sei von vornherein klar gewesen, daß durch die rein technischen Mittel der Abgabe von Devisen und des Geldbestandes dies nicht auf unbestimmte lange Zeit möglich sei. Zudem sei der Augenblick der ungünstigste für eine solche Aktion gewesen, weil die Ruhraktion eine Destruktion der Wirtschaft im Gefolge haben mußte. Ein Einfluß auf die Meinung der Wirtschaftstreife sei ausgeschlossen gewesen. Deshalb hätte Uebereinstimmung darüber geherrscht, daß technische Mittel der Abgabe von Devisen begleitet sein mußte von einer:

Starken Beschränkung der Kreditgewährung durch die Reichsbank.

Diese Gesichtspunkte hätten während der ersten zwei Monate gegolten. In dieser Zeit sei nicht nur keine Hamsterung von Devisen zu verzeichnen gewesen, sondern im Laufe des Monats Februar seien unter dem enormen Druck der Geldknappheit Devisen zwangsweise abgegeben worden als Folge einer latenten Zahlungsunfähigkeit weiter Kreise. Im März setzte ein allmähliches Nachlassen der Geldknappheit ein. Ein anderes günstiges Moment für die Durchführung der Aktion war bis dahin das Vertrauen in die relative Dauer der Stützungaktion gewesen, zumal als der Plan der Reichsregierung von der Auflegung der Dollaranleihe bekannt wurde. Man habe deshalb keine Gefahr in der Entäußerung seiner Devisenbestände gesehen. Dieses Moment wirkte bis zum

Mißerfolg der Dollaranleihe.

also bis zum 28. März. Dann kam das Vertrauen in die lange Ausdehnung der Stützungaktion ins Wanken, man beschloß sich wieder in größerem Umfang Devisen und fing auch an, sich für die Bedürfnisse der nächsten Zeit zu verkaufen. Diese Wirkungen des Verschlagens der Dollaranleihe seien jedoch ganz erklärlich, es habe sich um keine Panik, sondern um eine natürliche Reaktion gehandelt. Als die Stützungaktion im Januar einsetzte, habe der Gesamtumsatz an Zahlungsmitteln 2,746 Billionen Mark betragen, was in Gold umgerechnet 22,6 Proz. des Goldbestandes der Reichsbank ausmachte. Am 7. Februar war der Umlauf 36 Proz., am 15. Februar 36 Proz., am 23. Februar 31 Proz., am 28. Februar 34 Proz., am 7. März 118 Proz., am 15. März 126 Proz., am 23. März 146 Proz., am 29. März 153 Proz., am 7. April 165 Proz., und am 16. April 178 Proz. Von da an ging der Prozentsatz wieder zurück. Andererseits betragen die Bankguthaben der Wirtschaft bei der Reichsbank am 29. März 1,93 Billionen, am 7. April 2,276 Billionen, am 15. April 2,729 Billionen und am 23. April 3,241 Billionen. Von da an wurde der Devisenbedarf immer schärfer, so daß die Reichsbank sich entschließen mußte, von dem bis dahin gehaltenen Kursniveau abzugehen.

Staatssekretär Bergmann steht in den Ereignissen vom 18. April lediglich die Folgen einer natürlichen Entwicklung.

Der Staatskommissar für die Börse Herr Lippert weist darauf hin, daß die französische Stellungnahme zu den Dollarkaufanweisungen und der damaligen Rede des Reichsaussenministers Rosenberg das Vertrauen in die Mark wesentlich geschwächt habe. Die Abwärtsbewegung der Mark habe nicht von Berlin, sondern von ausländischen Börsenplätzen, insbesondere Amsterdam, ihren Ausgang genommen und daraufhin sei erst das Inland nervös geworden. Bei den Devisenkäufen Mitte März und Anfang April habe es sich nicht um eine Eindeckung zur Borratswirtschaft gehandelt, sondern man habe versucht, diejenigen Devisen zurückzukaufen, die man bei einem Dollarkurs von 20 000 unter dem Druck der Geldknappheit und der Kreditrestriktionen der Reichsbank hätte verkaufen müssen.

Genosse Robert Schmidt: Der Reichsbankpräsident hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß stärkere Devisenkäufe vorzuziehen seien, als sie aus dem Passivsaldo unserer Wirtschaft sich erklären lassen. Trotzdem drängen sich heute Leute an den Devisenmarkt, die man früher dort nicht gefandt hat und die aus wirtschaftlichen Gründen überhaupt keine Ansprüche darauf machen können. Hat der Reichsbankpräsident Schätzungen darüber, welche Devisenverträge in der deutschen Wirtschaft vorhanden sind und welche Umsätze an der Börse stattgefunden haben? Natürlich haben diese Börsenumsätze kein klares Bild, da auch von Bureau zu Bureau Devisen in großem Umfang gehandelt werden. Über die Spitzenbeträge, die an der Börse gehandelt werden, würden die Situation doch wenigstens annähernd kennzeichnen.

Reichsbankpräsident Hagenstein: Ich bin nicht in der Lage, über die Devisenumsätze der Banken und an der Börse Auskunft zu geben.

Die Devisenbestände der Wirtschaft, die einer der strittigsten Fragen sind, schätze ich persönlich

mit 2 Milliarden Goldmark keineswegs zu niedrig,

eher zu hoch sein. Zwei Milliarden Goldmark sind 36 Billionen Papiermark. Der Kurswert des gesamten deutschen Aktienkapitals beträgt etwa 8 Milliarden Goldmark. Danach würden die Devisenbestände, wenn die Schätzung richtig ist, den vierten Teil des gesamten Aktienumsatzes ausmachen. Als am Anfang des Jahres 1920 infolge der Kursentwicklung des Dollars die gehamsterten Devisen herausgenommen sind, hat die Reichsbank davon etwa eine halbe Milliarde Goldmark aufnehmen können. Berücksichtigt man die Passivität unserer Zahlungsbilanz mit 6 Milliarden Goldmark, so dürfte ein Devisenbestand von zwei Milliarden Goldmark eher zu hoch angenommen sein.

Genosse Robert Schmidt: Ueber den Passivsaldo in der Zahlungsbilanz von 6 Milliarden Goldmark läßt sich streiten. Ich sehe das so an, daß auch eine große unsichere Ausfuhr durch Verkäufe von Grundstücken und Effekten stattgefunden hat. In einem Berliner Blatt ist mitgeteilt worden, daß die Banken den Devisenbestand der deutschen Wirtschaft auf drei Milliarden Gold besitzern haben. Ich möchte fragen, ob das richtig ist? Die Berliner Handelsgesellschaft hat in ihrem Portefeuille einen Devisenbestand von 28 Millionen Goldmark. Die Commerz- und Privatbank hat für 57,17 Millionen Goldmark Devisen ausgewiesen. Wenn ich diese Devisen in Papiermark umrechne, so wären das, selbst bei einem Kurs von 20 000 über 1,6 Billionen Papiermark, wobei zu berücksichtigen ist, daß dieser Betrag im Verhältnis zu den Depotgeldern der Commerz- und Privatbank außerordentlich hoch ist.

Es besteht also ein sehr starker Geschäftsbetrieb in Devisen.

Als die Devisenbestände der Berliner Handelsgesellschaft zur Sprache gekommen sind, hat man gesagt, daß bei anderen Banken nicht so hohe Bestände da wären. Der Ausweis der Commerz- und Privatbank hat diese Behauptung widerlegt. Ich frage, ob in den Devisenbeständen der Banken nicht sehr große Summen stecken, die

lediglich aus Flucht vor der Mark zur Kapitalanlage benutzt worden sind?

Reichsbankpräsident Hagenstein teilt mit, daß nur ein einziger Sachverständiger in der fraglichen Besprechung einen Devisenbestand von drei Milliarden genannt hat. Die Summe von zwei Milliarden wurde übrigens als äußerste Grenze angenommen.

(Fortsetzung auf der zweiten Seite.)

Was tut die Regierung?

Sozialdemokratische Interpellation.

Die sozialdemokratische Fraktion wird in der heutigen Reichstagsitzung folgende Interpellation einbringen:

Der Zusammenbruch der Stützungaktion für die Mark und die damit verbundenen gewaltigen Preissteigerungen, hinter denen Renten, Löhne und Gehälter außerordentlich zurückbleiben, beschwören die Gefahr einer wirtschaftlichen und politischen Katastrophe herauf. Wie fragen deshalb:

1. Gedankt die Reichsregierung sofort die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um die Anpassung der Renten, der Unterstützungen, insbesondere für die Erwerbslosen, der Löhne und Gehälter an die gestiegenen Preise zu bewirken? Wie gedankt sie Löhne und Gehälter vor einer weiteren Entwertung zu schützen, die eine große Gefahr für Arbeitsfähigkeit und Arbeitsleistung darstellt?

2. Ist sie bereit, die drohende völlige Entwertung der Besitzsteuer durch sofort zu treffende Änderungen der Steuergesetzgebung hintanzuführen?

3. Welche Maßnahmen gedankt die Reichsregierung zu treffen, um währungspolitisch den weiteren Sturz der Mark abzuhalten und den Auswüchsen der Devisenspekulation zu begegnen? Will sie sich endlich entschließen, die Zentralisierung und Kontrolle des Devisenverkehrs durchzuführen?

Streik bei der Hoch- und Untergrundbahn.

Seit 1/2 Uhr mittags ist der Verkehr auf der Hoch- und Untergrundbahn zum Stillstand gekommen. Auch die Nord-Südbahn kam etwa 15 Minuten später zum Erliegen. Wie wir bei Redaktionschluss erfahren, schweben Lohnverhandlungen. Die über die Teuerungswelle und die lange Dauer der Verhandlungen erbitterten Arbeiter und Angestellten haben die Bahn stillgelegt. Es ist zu hoffen, daß der Konflikt bald beigelegt wird.

Dollarrückgang auf 62000.

Die günstigere Beurteilung der Chancen der neuen deutschen Note, die sich immer mehr verschärfende Geldmarktlage und die Erörterungen über eine angeblich zu erwartende Unterbindung jedes freien Devisenhandels sind gewichtige Faktoren, die augenblicklich das Geschäft in ausländischen Zahlungsmitteln nachhaltig beeinflussen. Der Dollarkurs ging heute im offiziellen Verkehr an der Börse zeitweilig bis auf 60 750 zurück und wurde nach der ersten Börsensunde mit 61 500 gehandelt. Die Umsätze waren bei diesen Kursen immerhin noch erheblich. Dieser Dollarkurs läßt naturgemäß das Geschäft in Effekten. Bei den Banken liefen heute vormittag bereits zahlreiche Verkaufsaufträge der nervös gewordenen Privatkapitalisten ein. Allerdings waren diese Aufträge größtenteils noch ziemlich hoch limitiert. Im Freiverkehr an der Börse lagen alle Baustapapiere besonders stark, während Montanwerte und sonstige Industriaktien noch keine so starken Abschwächungen zeigten.

Zur zweiten Note.

Heute gehen von Berlin die Kuriers ab, die am Donnerstag die zweite deutsche Ruhrnote oder, wie es amtlich heißt, ein Memorandum zur ersten überreichen werden. Es ist zu hoffen, daß es diesmal gelingen wird, den Inhalt der Note bis zu ihrer Ueberreichung geheim zu halten, denn wenn eine mißgünstige Auslandspresse sich schonungslos auf sie stürzen könnte, um sie zu zerpfücken, so könnte das ihrer Wirkung nur abträglich sein. Wie bei der ersten Note wird man dann auch bei der zweiten der Kritik des Auslandes den Vortritt lassen und einstweilen hoffen müssen, daß eine volle und uneingeschränkte Zustimmung des Inlandes zu ihr möglich sein wird. Selbst die deutschnationale „Deutsche Tageszeitung“ erklärt heute, wenn man schon ein Angebot mache, was sie an sich für falsch hält, müsse es „trotz allem ehrlich und nach jeder Richtung gut fundiert sein“. Die Vertreter der Sozialdemokratie bei den Verhandlungen in der Reichskanzlei haben ihren ganzen Einfluß für ein ehrliches und nach jeder Richtung gut fundiertes Angebot eingesetzt. Auch bei den bürgerlichen Parteien der Mitte hat sich längst die Einsicht durchgerungen, daß klare und entschiedene Schritte notwendig sind, um die deutsche Politik auf einem Wege vorwärtszubringen, der von der großen Mehrheit als der einzig mögliche erkannt ist.

Die Reichsregierung hat auf Grund einer Beurteilung der auswärtigen Verhältnisse, zu der nur ihr die Quellen offenstanden, ihrem Memorandum eine bestimmte Form gegeben. Die nächsten Tage werden zeigen, ob ihr Urteil zutrifft und ihm entsprechend die Form richtig gewählt ist. Niemand kann die Wiederholung der Mißverständnisse wünschen, die der Wirkung ihrer ersten Note so verhängnisvoll gewesen sind.

Noch vor der Veröffentlichung der ersten Note und auch nach ihr ist hier gesagt worden, dieses diplomatische Schriftstück möge gut oder schlecht sein, auf alle Fälle aber stelle es einen geeigneten Anlaß dar, um in Verhandlungen einzutreten. Dieser Standpunkt ist auch bei der zweiten Note unbedingt festzuhalten. Je verwickelter die Verhältnisse sind und je weiter die Meinungen auseinanderklaffen, desto notwendiger sind Verhandlungen. Wenn die Bitter unter den Mißverständnissen leiden, in die sie durch ihre Regierungen verwickelt worden sind, dann ist es Pflicht der Regierungen, je eher je lieber, zusammenzutreten und einen ehrlichen Ausgleich der Gegensätze zu versuchen. So fast der gesunde Volkssinn die Dinge auf, und nur ein verdeckter und überschraubter Diplomatenverstand kann es anders meinen.

Wenn heute der Wille, den anderen zu begreifen und sich mit ihm zu verständigen, in Deutschland viel stärker ist als auf der Gegenseite, so mag uns das nicht zum besonderen Ruhm gereichen, denn wir haben durch eine fürchterlich harte Schule gehen müssen, um zu solcher Erkenntnis zu reifen. Das ändert aber gar nichts an der Tatsache, daß heute der anderen Seite vor allem die Erkenntnis nottut, daß sie im Siegesübermut den Bogen überspannt hat. Immermehr greift in Deutschland die gefährliche Lehre um sich, daß alle Verständigungspolitik zum Scheitern verurteilt sei, weil der französische Imperialismus sich durch nichts von seinem Ziel abbringen lassen werde, Deutschland zu knechten und zu zerstücken.

Mit den Predigern der Verzweiflung von rechts und links steht die deutsche Sozialdemokratie in unablässigem hartem Kampf. Und nur mit höchster Erbitterung kann sie sehen, wie ihre innerpolitischen Gegner von außen her die stärkste Unterstützung finden. Es ist längst nicht mehr so, daß der populistische Flügel des Kommunismus seine beste Stütze an Rußland findet, er findet sie vielmehr an Frankreich.

Auf der anderen Seite aber erfreut sich auch die deutsch-völkische Bewegung der verständnisvollsten Förderung durch den französischen Imperialismus. Der Münchener Fuchs-Machhaus-Prozess leuchtet in Abgründe hinein. Er zeigt, daß gewisse französische Stellen in ihrem Kampf gegen Deutschland zu Mitteln gegriffen haben, von denen sich jeder anständig gesinnte Mensch, gleichviel welcher Nation er angehört, mit Abscheu abwenden muß. Hunderte von Millionen sind aus französischen Taschen geflossen, um minderwertige Subjekte zu kaufen und mit ihrer Hilfe die Einheit der deutschen Republik zu vernichten.

Wenn französisches Militär in ungeschütztes, friedliches Land eindringt, um es mit seinen Menschen zum Pfand zu nehmen, wenn es auf diesem nochmals eroberten Gebiet eine wahre Schreckensherrschaft einrichtet, die mit Unterdrückung jeder staatsbürgerlicher Freiheit, Massenausweisungen, Entkerkerungen und Erschießungen arbeitet, so beruft man sich auf den Vertrag von Versailles, der Frankreich zu alledem das Recht geben soll. Auf welche Vertragsklauseln, auf welches Recht, auf welche Moral will man sich berufen, wenn französische Agenten in Offiziersuniform unbefestetes deutsches Gebiet besetzen, um die Lunte an die deutsche Reichseinheit zu legen?

Die französische Regierung sagt, daß Deutschland in der Erfüllung seiner Zahlungspflichten lässig gewesen sei. Selbst wenn man diesen Vorwurf in dem ganzen Umfang, in dem er erhoben wird, als berechtigt annimmt, so wird man darin für das Verfahren der französischen Politik Deutschland gegenüber keine Rechtfertigung finden.

Aus diesen unerträglichen Zuständen hinauszukommen, ist ein Interesse nicht bloß des deutschen, sondern auch des französischen Volkes und der ganzen Welt. Erst spätere Zeiten werden erkennen, daß ein wirklicher sittlicher Heroismus dazu gehörte, wenn weite Kreise des deutschen Volkes, voran die Sozialdemokratie, nie aufhörten, Verständig-

gung und Versöhnung zu predigen, so bitter schwer und fast unmöglich war es ihnen auch machte. Wer aber will die Verantwortung dafür übernehmen und welche Perspektiven tun sich für die europäische Menschheit auf, wenn diese Politik der Verständigung Schiffbruch erleidet?

Es ist höchste Zeit, an den Verhandlungstisch zu treten mit dem ehrlichen Willen, die Atmosphäre zu entgiften, die Gegensätze auszugleichen, klare Bahnen für ein friedliches Zusammenleben der Völker zu schaffen. Möge der neue Schritt Deutschlands in diesem Geiste von der Welt aufgenommen werden!

Die deutsche Note wird den fremden Regierungen am Donnerstag überreicht und am Freitag veröffentlicht.

Sensationsgerede.

Die „Neue Berliner Zeitung“, ein ausschließlich von Sensationen lebendes Presseunternehmen, bringt heute einen Aufsatz über die Haltung der Sozialdemokratie, der nicht anders denn als albernes Gerede bezeichnet werden kann; danach soll sich in der Partei ein „Umschwung“ vollzogen haben und ihr „Abfall“ von der Regierung sich vorbereiten.

Jeder politisch Unterrichtete weiß, daß die Sozialdemokratie gegenüber der Regierung Cuno seit jeher eine völlig unabhängige und durchaus kritische Haltung eingenommen hat, so daß es für sie keines „Umschwungs“ und keines „Abfalls“ bedarf, um zu einer solchen Haltung zu gelangen. Es ist daher harter Unsinn, von einer völligen Veränderung in dem Verhalten der Sozialdemokratischen Partei zu reden.

Ebenso ist auch die Behauptung, daß Genosse Dr. Hilferding mit der Industrie über ihr sogenanntes Angebot verhandelt habe, aus der Luft gegriffen.

Der Marksturz.

(Fortsetzung von der ersten Seite.)

Bankier Loeb: Selbstverständlich haben die Devisenkäufer nicht auf Heller und Pfennig soziale Devisen angekauft, als sie jeweils brauchten. Unter dem Gesichtspunkte der Depots in den Banken vor dem Kriege, die alle auf Goldmark lauteten, sind die Devisenvorräte der beiden Banken jedoch gering. Auf den Einwand des Genossen Robert Schmidt, daß man früher doch nur den unmittelbaren Bedarf an Devisen gedeckt habe, daß man aber

heute Devisen kauft, um sein Geld anzulegen,

während das vom Standpunkte der inneren Wirtschaft aus besser in wertbefähigten Anleihen geschehe, weiß Bankier Loeb nur zu erwidern, daß für Importeure, Großisten usw. keine andere Möglichkeit bestünde, ihren ausländischen Geldverpflichtungen von Saison zu Saison nachzukommen. Er muß aber zugeben, daß es auch Kunden gegeben hat, die überhaupt keine Geschäfte betrieben haben und dennoch ihre Gelder in Devisen anlegten. Den Bestand an ausländischen Noten in Deutschland schätzte Bankier Loeb vor einem halben Jahre in einer Unterhaltung mit Keynes auf ein und einhalb Milliarden. Er glaubt auch vor einer Ueberschätzung der Devisenbestände bei dem einzelnen warnen zu müssen, da die Zahl der Privatpersonen, die über die nötigen Goldmark verfügten, um Devisen für sich zu erwerben, doch recht gering sei. Von der Existenz ausländischer Markverwertungs-gesellschaften, die mit Hilfe deutscher Banken auf dem Umweg über ausländische Devisenbestände Markbeleihungen vorgenommen haben, was die Reichsbank verhindern wollte, ist Bankier Loeb nichts bekannt. Er kennt lediglich ausländische Markverwertungs-gesellschaften, deren Aufgabe darin besteht, deutsche Effekten, Grundstücke usw. für im Umstände befindliche Markbeiträge zu verkaufen. Auch als Genosse Herz keine Frage näher präzisiert und die Londoner Firma Morlimer, Diggs u. Co. nennt, die bei 90prozentiger Devisendeckung zehn Milliarden Mark auf mindestens drei Monate bei einem Zinssatz von 7 Proz. monatlich in Mark verleiht, erklärt Herr Loeb, daß ihm diese Firma unbekannt sei.

Genosse Robert Schmidt fragt, ob nicht die Vermutung nahe liege, daß die

privaten Geldinstitute von der Reichsbank große Kredite

sich gewähren ließen und ihre Verpflichtungen dann erst mit unterwertiger Mark abgezollten und auf diese Art große Verdienste ein-

geheimst hätten? Ob es demgegenüber nicht richtig gewesen wäre, den Diskont der Reichsbank erheblich zu erhöhen. Präsident Havenstein gibt als außer Zweifel stehend zu, daß Devisen mit von der Reichsbank gewährten Mitteln gekauft worden seien. Er bestreitet aber, daß mit einer starken Heraufsetzung des Diskontsatzes den nachteiligen Folgen hätte wirksam gesteuert werden können. Ein stärkeres Mittel als die Diskonterhöhung sei die Eindämmung der Kreditvermehrung gewesen. Genosse Robert Schmidt erkundigt sich dann nach der Art und Weise der Durchführung der in den Devisenverordnungen vorgesehenen Kontrolle der Devisenbeschaffung, welche Befragungen dabei nachgewiesen, welche Befragungen erfolgt wären.

Staatssekretär Trendelenburg gibt zu, daß bei der Handhabung der alten Devisenverordnung eine Reihe von Befragungen festgestellt worden und Befragungen erfolgt sind. Auf Grund der neuen Verordnung, die bekanntlich den Kreis der meldepflichtigen Firmen und Geschäfte erweitert, durch Einbeziehung der Devisenbanken und der mit Handelsstammergebinungen versehenen Firmen liegen Befragungen noch nicht vor und sind bei der Kürze der Zeit auch noch keine abschließenden Erfahrungen gesammelt worden. Genosse Herz beantragt, daß von dem Leiter der Devisenbeschaffungsstelle dem Ausschuss eine

Liste der Namen der verhandelnden Firmen und ihre Befragungen unterbreitet werden. Gegenüber Bedenken des Vorsitzenden und des Ausschussmitgliedes Dernburg weist Genosse Herz darauf hin, daß Befragungen gegen Gesetze immer öffentlich bekanntgegeben werden und werden müßten und daß selbst der Reichswirtschaftsminister Becker diejenigen, die sich solche Befragungen zuschulden kommen ließen, in öffentlicher Rede als Verbrecher bezeichnen.

Der Ausschuss beschließt auch auf Drängen unserer Genossen, in seiner nächsten Sitzung die Frage der Devisenbeschaffung zu erörtern und sich entsprechend dem Antrage Herz eine Liste der verhandelnden Firmen und ihrer Befragungen vorlegen zu lassen. Er behält sich vor, ob diese Liste der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden soll.

Im weiteren Verlauf der Sitzung entspinnt sich ein Frage- und Antwortspiel zwischen dem deutschnationalen Herrn Hefferich und dem Reichsbankpräsidenten Havenstein. Herr Hefferich verliert die Stimmungs Momente besonders in den Vordergrund zu stellen, die gegen die Mark gewirkt haben, und bemüht sich um den Nachweis, der in der Grenadierstraße hellen Jubel erregen wird, daß die Mark doch fallen mußte. Zwischendurch läßt er sich von Herrn Havenstein immer wieder bestärken, was er gesagt hat. Die erfreuliche Uebereinstimmung der Meinungen dieser beiden Männer wird nur einmal unterbrochen, als Genosse Schmidt mit einer Zwischenbemerkung auf den Widerspruch der Behauptung Hefferichs hinweist, wir hätten ja gar keine Inflation.

Czernin gegen Renner.

Der sozialdemokratische Staatskanzler soll englische Befehle verlangt haben.

Die deutschösterreichische Deffentlichkeit ist im Augenblick erregt durch den Angriff des Abg. Czernin, des ehemaligen f. u. l. Außenministers, auf den Genossen Dr. Karl Renner und damit auf die Sozialdemokratische Partei. Czernin hat nämlich im Nationalrat, als Genosse Renner gerade nicht anwesend war, behauptet, der englische Oberleutnant Strutt habe ihn, Czernin, schriftlich zu der Erklärung ermächtigt, daß Dr. Renner als Staatskanzler die Befehle Deutschösterreichs durch englische Truppen verlangt habe.

Genosse Otto Bauer trat dieser Beschuldigung sofort scharf entgegen, und Genosse Renner erklärte in der „Arbeiter-Zeitung“, daß Czernins Behauptung unwarhaft ist.

In der Montag-Sitzung des Nationalrats erklärte Abg. Renner, bei dem Briefe des Oberleutnants Strutt handle es sich wahrscheinlich um boshafte Gerüchte, bei dem Abg. Czernin um eine Verleumdung der Sozialdemokraten. In Renners Unterredung mit Strutt sei nur die Sicherung des Transports des Erzherzogs Karl durch ein paar englische Soldaten zur Sprache gebracht worden. Das Schreiben Strutts müsse er für apokryph halten, denn er könne nicht annehmen, daß ein englischer Offizier auf Grund der Erfahrungen, die er mit ihm (Renner) gemacht habe, ihm vorwerfen könne, daß er zu seinem persönlichen Schutze habe Truppen herbeirufen wollen. (Das steht nämlich in dem Briefe Strutts an Czernin. Red.) Das englische Offizierspatent berechtige niemanden, gegen die Politik eines anderen Landes und gegen einen Regierungschef, mit dem er verhandelt habe, mit seinen Vorwürfen vorzugehen. Czernin aber, der das Gegen-

teil von dem wisse, hätte als Mann von Ehre diese Dinge nicht wiedergeben dürfen. Renner warf schließlich dem Abg. Czernin vor, daß er wiederholt während des Jahres 1919 sowohl bei den tschechoslowakischen Befehlshabern in Wien als auch bei der interalliierten Generalen interveniert habe, um eine Befreiung Wiens herbeizuführen.

Abg. Czernin wies entschieden die Behauptungen zurück, daß er sich den Brief Strutts bestellt hätte und daß dieser Brief apokryph sei. Weiter bezeichnete er Dr. Renners Anschuldigung als erlogen.

Nachdem Abg. Genosse Seitz dargelegt hatte, daß die ganze Beweisführung Czernins unhaltbar sei, war die Angelegenheit erledigt.

Die Aenderung des Groß-Berliner Gesetzes.

Der Ausschuss des preussischen Landtages hörte in seiner gestrigen Sitzung die drei Landräte der Kreise Teltow, Ober- und Niederbarnim, den Oberbürgermeister Böß, sowie eine Reihe von Bezirksbürgermeistern als Sachverständige über die Aenderung des Groß-Berliner Gesetzes an. Die drei Landräte der Berlin benachbarten Kreise traten für die Ausgliederung einer ganzen Reihe von Landgemeinden, so u. a. Frohnau, Rahnsdorf, Friedrichshagen, Teile von Zehlendorf usw. ein. Dem traten Oberbürgermeister Böß, der Stadtkämmerer Dr. Karding, wie die Bezirksbürgermeister entgegen. Ministerialdirektor Dr. Freund als Vertreter der Regierung wies darauf hin, daß das Gebiet Groß-Berlins auf Grund des früheren Zweckerbansgesetzes und auf Grund der kommunalpolitischen Erfahrungen geschaffen sei, die zu diesem Gesetz geführt haben. Insbesondere gebrauche Groß-Berlin zu seiner Entwicklung einen ausreichenden Wald- und Siedlungsgürtel auf eigenem Territorium. An diese Vermahnung über die Frage einer eventuellen Aenderung des Gebiets schloß sich weiter eine Aussprache über die Aenderung der augenblicklich so sehr unstrittenen Zuständigkeit zwischen den Bezirken an. Oberbürgermeister Böß legte das Schwergewicht in seinen Ausführungen auf engere persönliche Beziehungen zwischen Magistrat und Bezirksbürgermeistern. Von den Bürgermeistern betonte u. a. Scholz-Charlottenburg, daß auch die ursprünglichen Gegner des Gesetzes Groß-Berlin sich der Tatsache nicht verschließen könnten, daß Groß-Berlin bestünde und einschließlich der Finanz- und Steuerhoheit der Bezirke erhalten bleiben müsse. In Betracht kommen könne nur eine solche Aenderung, die klarere Verhältnisse und schärfere Abgrenzung der Kompetenzen der einzelnen Verwaltungsorgane schaffe. Der Landtagsausschuss, dessen Sitzung sich über den ganzen Tag hinauszog, brach nach der Vernehmung der geladenen Sachverständigen die Beratung ab und beschloß in einer in der nächsten Woche stattfindenden Sitzung über eine eventuelle Gebietsänderung, die keine Aussicht auf Annahme im Ausschuss hat, endgültig zu beschließen. Die weiteren Fragen werden kaum vor Beendigung der Beratungen über die neue Städteordnung wieder aufgenommen werden.

Der Münchener Prozeß.

München, 5. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Das heutige Kreuzverhör, dem der Angeklagte Fuchs unterzogen wurde, drehte sich vor allem um die Feststellung, ob Fuchs nach dem Willen Richters für eine sofortige bayerische Aktion eingetreten sei. Als Termin für diese Aktion war Donnerstag, der 22. oder spätestens Freitag der 23. Februar in Aussicht genommen. Als theoretische Vorbereitung dafür galt die Unterredung zwischen Richter, Fuchs und Raabhaus, Reger, Fridmann und Rauter in der Wohnung des Raabhaus am 20. Februar abends. Hier wurde durch die drei letztgenannten Zeugen einwandfrei festgestellt, daß es sich für Richter und Fuchs darum handelte, daß

Frankreich gerade im jetzigen Augenblicke die bayrische Aktion dringend benötige,

damit Unruhen in Mittel- und Norddeutschland entstehen, das Kabinett Cuno gestürzt werde und so der nationale Widerstand gebrochen werde. Dazu genüge schon die kleinste Aktion in Südbayern oder auch in München, aber sie müsse sofort erfolgen, später sei es nutzlos, denn inzwischen seien die Verträge zwischen den großen Industriekonzernen Deutschlands und Frankreichs unterschrieben, wodurch die Regierung Cuno sowieso erledigt werde.

Große Volksooper: „Julius Cäsar“.

Georg Friedrich Handels Vermächtnis an die Welt heißt Dratorium. Hier schuf er die Form und mit der vorbildlichen Form auch den Geist des weltlichen Dratoriums mit großen biblischen Ereignissen als Thema, mit Volksfähigkeit als Träger der Handlung. Diese Dratorien waren dreifach wie die Oper und waren für die Bühne geschrieben. Handels eigenartige Opern nun, 40 an der Zahl, wollten auch reformieren; da sie über London fast nicht herauskamen, so haben sie propagierende Kraft kaum zeigen können. In der Oper verdrängt der Chor Handels schönstes darstellerisches Mittel vollkommen. Sie besteht nur aus Rezitation und Arie, begleitet von Cembalo und keinem Orchester. Die Texte sind zum größten Teil erbärmlich, und schon daraus folgt, daß eine musikalisch-dramatische Idee etwa im Sinne Glucks oder Wagners bei Handel ganz zurückgedrängt wird durch die Wirkung, den Ausdruck der Musik. Italiener zwar, verabscheute er die Schablonen, und es gelang ihm, dank unerhörter Einflüsse der Phantasie, tatsächlich im musikalischen Rhythmus, in der Musikgebärde und Melodie den besonderen Seelenzustand, die Physiognomie der Singenden zu verdeutlichen. Zuweilen machen das keine Formwunden, Kupfer der einformigen Orchesterpalette, zuweilen macht es die Anlehnung an einen Tanz. Ägypter und Römer sind deutlich, Cleopatra und Cornelia nicht minder scharf von einander unterschieden, und in Cäsar spielen Liebe, Trost, Macht, Ironie ihre eigenen musikalischen Noten aus. Rezitation und Arie werden Träger von Wünschen, Begierden, Hoffnungen, Schicksalen. Es sind die vorweggenommenen Leitmotive des heutigen Musikdramas.

In der Partitur zu Julius Cäsar finden sich derartige Betrachtungen und Gesänge in Fülle, in denen tiefstes Weh, maßlose Trauer, sanfte Elegie wie aus der Musiksee selber herausklingen. Andreas, wie Schölkopf, Rodschke, Liebeswerben, ist auch einmal mit oberflächlicher, bequemere Melodie rasch hingeworfen. Dem Pathos und der Ergriffenheit aber dienen Arien, Vargas und das ausdrucksgelebene recitativo accompagnato in so gewaltiger Sicherheit der Seelenschilderung, daß darüber die Stagnation des Dramas gern verdrängt wird. Die zwei bedeutendsten Stücke sind wohl der große Monolog der Cleopatra und besonders Cäsars Rezitation an der Urne des ermordeten Pompejus: „Alma del gran Pompeio“, Geist des großen Pompejus — in Gis-Roll, durch 12 Tonarten hindurchgeführt bis As-Roll, auch technisch ein Meisterstück. Ein poetisches Wort ist hier im rechten dramatischen Augenblick zu einer Szene von zwingendem Gefühl geworden. Die vielen da capo-Arien sind melodisch nicht alle vollwertig, italienisch nach Bauart und Stil. Mariellotto und Colorator versuchen sich in den Dienst des Ausdrucks zu stellen, nicht bloßer Schmuck zu sein, nicht äußere Zierrat.

So strömt eine Flut von Schönheit in dieser Liebesgeschichte (zwischen Cäsar und Cleopatra) auf uns ein. Ein Dratorium mit verteilten Rollen. Eine Szenenfolge, ein organischer Situationswechsel, eine klug geordnete Erzählung. Das Drama selbst mag sich nicht heraus, wirkliche Bewegung fehlt, auch dem Temperament

und dem handeindeuten Vorstoß wird durch Wiederholungen (in der Arie) Abbruch getan. Wir sind Zeugen psychischer Abfälle, nicht schauspielerischer, äußerlich vorgestellter Ereignisse. Die Einzelnummer beruht uns, die Bindung zu einem Ganzen ist uns entriekt und gleichgültig. Wort und Musik sind ineinander verpackt, wenn der Spritzer schaffit. Dem Dramatiker entgeht der straffe Jügel. Vielleicht sind wir durch das Musikdrama Wagners verwöhnt, vielleicht irreführt. Ich wage zu bezweifeln, ob die Oper Handels dem Theater gerettet werden kann. Trotz der unerhört schönen Musik. — Die Aufführung der Volksooper war im Vorstadtstil gehalten; so wie Handel und seine Zeit Cäsar sehen, so sehen auch wir den Helden und seine reichbedeckte weibliche Umgebung. Die Szene wurde durch eine Bühne auf der Bühne intim verfeinert, Arien wurden in bewusster Stellung vor dem Vorhang gesungen, hinter dem die nächste Dekoration aufgestellt werden konnte. Das ganze Werk dauerte eine Stunde lang. Sächlich der Kapellmeister Höhlin, ausgiebig in der Forderung der Cembaloist B. C. Wolff. Und von den Solisten nenne ich an der Spitze die beiden aus Dratoriumzeit Stimme, Kraft und Haltung sammelnden Sänger Wilhelm Guimann (Cäsar) und Eleanor Schloßhauer-Regnolds (Cornelia). Cleopatra, die dramatischste der undramatischen Rollen, wurde von Melanie Kurt groß und anfeuernd gesungen, dem Ptolemäus des Magnus Andersen fehlt noch die Fülle der Coloratur. Gumar Graard sang frisch den Verges. Im ganzen konnte man mit der Einstellung des Ensembles auf einen ganz entlegenen Stil zufrieden sein. Der verdienstvolle Bearbeiter Oskar Hagen war anwesend.

Kurt Singer.

„Die dumme Liebe“ und die Berliner Kritik. In dieser Sommer-Singsaison, dachte ich, wäre es schwer, die bereits dargebotenen Dummheiten zu übertreffen: Der Sommerdirektion des Central-Theaters gelang es, „Die dumme Liebe“, ein Spiel mit Gesang und Tanz von Wolf Aldermann und Fritz Lunzer, aufzuführen. Dieses „Spiel“ erfordert ebensowenig wie jeder andere Sommermärchen eine kritische Auseinandersetzung. Wohl aber mahnt er an die Notwendigkeit einer Auseinandersetzung mit der Kritik. Seit Jahrzehnten erfordert es die traditionelle Unfille, daß der Theaterkritiker zwar mit unerbittlicher Lupe ein literarisches Werk zu betrachten, ein Amüsierstück dagegen mit einem verächtlichen zugewinkelten Auge zu befehlen hat. Dieses Unrecht mag so lange keine Geltung haben, als das milde zu behandelnde Amüsierstück seine Aufgabe erfüllt: nämlich, mit Geschmack zu unterhalten. Sobald es aber gegen diese Aufgabe verstößt, ist Mißde des Kritikers ebenso ein Verbrechen am Publikum wie die Aufzählung des „Spiels mit Gesang und Tanz“. Dem künstlerisch ambitionierten Reich erliegt der Durchschnittszuschauer nicht so leicht wie dem nur geschmacklosen. Der nachdrücklichen Schwachheit des Theaterberichterstatters, der die Operette milder behandelt, weil sie angeblich weniger schädlich ist, hat man es zu verdanken, daß in diesem sommerlichen Berlin fast jede neue Operette tolpatschiger, dümmere, geschmackloser, sinnloser, ordinärer ist als die vorhergehende. Die Kritik hätte die Pflicht entweder die

Sommerzeit zu ignorieren oder vor ihren läppischen Väterlichkeiten zu warnen. Rein! Die Kritik schmunzelt! Dann aber mögen die Sommerdirektionen die Referate begreifen und die Referenten sich als Inkeratenogenen zu erkennen geben. Die üblichen zehn von Hundert des Inkerats sind ihnen eh' zu adnen. Es ist das selbe Publikum, das durch Herbert Ihering, Berlins leidenschaftlichen Theaterkritiker, vor Sudermann und Sudermannern gewarnt wird — im Winter —, und das von Schulze und Müller in den Schund gefickt wird — im Sommer. Wenn die Kritik die Aufgabe hat, Publikum und Theaterleitung zu erziehen, dann muß sie das Publikum vor dem gesungenen Schund, der durch die Melodie gefährlicher ist, ebenso warnen wie vor dem gesprochenen. Wenn aber Schulze und Müller es nicht tun, dann nehme sich Herbert Ihering selbst die Mühe. — Von der „dummen Liebe“ im Central-Theater ist (der Vollständigkeit halber) noch zu sagen, daß die Melodien Victor Holländers besser sind als die Texte — vielleicht, weil es schwer ist, in Melodien, die übrigens ent- und angelehnt sind, so greifbar geschmacklos zu sein wie in Worten. R-th.

Die Abnahme des Storchs. Ueberall bei uns, in Preußen, Sachsen, Mecklenburg usw. ist eine Abnahme der Brutpaare unseres Storchs festzustellen. Selbst in dem storchreichen Spreußen geht die Zahl sehr zurück. Die Ursachen sind nach Ansicht des Breslauer Professors Fay verschieden. Die Abnahme der Storchdächer spielt mit. Viele Störche mögen auch in Afrika am Genus vergrößerter Heiducken verenden. Zweifello ist aber die Zahl der Störche durch rücksichtslosen Abschlag stark vermindert worden; der Storch ist als Feind der Niederjagd erschienen. Es liegt also die Gefahr vor, daß dieser schöne Charaktervogel unserer Landschaft ganz ausgerottet. Erfreulicherweise ist der Storch jetzt auf die Liste der Vögel gesetzt worden, denen nicht mehr nachgestellt werden darf.

Ein unterirdischer Fluß bei Lübeck. Durch zahlreiche Bohrungen im Lübecker Gebiet ist in neuerer Zeit festgestellt worden, daß tief unter der Trave ein Fluß mit zahlreichen Nebenläufen mit dem Meere in Verbindung steht. Dieser unterirdische Wasserlauf ergießt sich in die Lübecker Bucht. Seine Mündung in die Ostsee liegt 35 Kilometer weiter draußen als die oberirdische Mündung der Trave. Hier steht also das Grundwasser in direkter Verbindung mit dem Meere. Je nach den Verhältnissen bewegt es sich entweder nach der See zu oder das Ostseewasser dringt in das unterirdische Flußsystem ein. Diese Entdeckung ist von großer praktischer Bedeutung. Sie enthält die Erklärung, weshalb die Wasserversorgung Lübecks nicht ausschließlich mit Hilfe des Grundwassers durchgeführt werden kann, da nur in ganz oberflächlichen Schichten genießbares Wasser vorhanden ist. Die großen Wassermengen der Tiefe sind infolge ihrer Verbindung mit dem Meere salzhaltig und daher unbrauchbar.

Im Deutschen Oberhaus gahert am Sonntag Malvina Sabatini als Martha in „Liesland“. Alexander Ripny fingt Donnerstag den Landgrafen im „Landskauer“.

Deutsche Buchausstellung in Moskau. Die Verhandlungen über die Veranstaltung einer deutschen Buchausstellung in Moskau sind mit der russischen Regierung in Berlin zum Abschluß gebracht worden. Die Ausstellung, die wissenschaftliche, literarische, künstlerische, russische und Kunstblätter umfaßt, wird voraussichtlich Mitte Juli eröffnet werden.

Frühlingsgaben für den Mittagstisch.

Früher nannte man es Menu. Aber ganz gleich wie man es bezeichnet — die Hauptsache ist, daß es einen guten und auch abwechslungsreichen Inhalt hat. Und damit hapert es zurzeit nicht nur des Geldes wegen sehr. Sonderbar — wie im Mai z. B. weiße Blumen, abgesehen von Maiglöckchen, nicht so häufig sind, ist auch der Gemütsstich nicht allzu reich besetzt. Von Salat kann man nicht recht satt werden und Spargel ist, namentlich in einem so frühen Frühommer wie in diesem Jahre, doch mehr eine Delikatesse als Volksnahrung. Das gleiche gilt in noch höherem Maße von Treibgurken und Treibkohlrabi. Wenn die läppig prangende Natur die Menschen ins Freie lockt und sie dann hungrig nach Hause kommen, finden sie die alten Wintergerichte auf dem Tisch: Reis, Erbsen, Bohnen, Haisflocken und ähnliche nahrhafte Speisen. Der alte Kohl ist erledigt, die alten Mohrrüben haben ebenfalls ihre Schuldigkeit getan, von Kohlrüben wollen wir gar nicht erst reden. Frisches Obst gibt es auch noch nicht, man ist auf Bodobst angewiesen. Aber nur kurze Zeit noch und die im Freien — nicht mehr im Ritzbeet — gezogenen Produkte halten ihren Einzug in die Verkaufsställe. Dann gibt es Landfisch, Landkohlrabi, Mohrrüben, Schoten usw. für diejenigen, die es sich noch leisten können.

Die Natur unterstützt Jahr für Jahr die Arbeit des Landmannes und des Gärtners. Sie kümmert sich nicht um den Stand des Dollars, der auf den Verkaufspreis ihrer Gaben so großen Einfluß hat. Der Dollarsand wird von vielen Landleuten heute mit derselben Aufmerksamkeit beobachtet, wie früher der Himmel, von dem sie Regen und Sonnenschein erwarteten und danach den Ausfall der Ernte abschätzten. Die schönste Speisefarbe wird so für Tausende und aber Tausende unerreichtes Ideal — möge die Ernte auf den Feldern auch noch so gut ausgefallen sein.

Der Tote in der Oranienburger Forst.

Geheimnisvolles Ende eines Widerers.

Einen Leichenfund im Walde bei Oranienburg, der sie seit 14 Tagen beschäftigte, hat die hiesige Kriminalpolizei jetzt aufgeklärt. In der Forst wurde ein erschossener Mann aufgefunden und nach dem Schutzhause in Oranienburg gebracht. Ausweispapiere wurden bei dem Toten nicht gefunden. Man vermutete in ihm einen Berliner und so wurde auch die hiesige Kriminalpolizei benachrichtigt.

Kriminalkommissar Dr. Knusch und seine Beamten nahmen die Ermittlungen auf und brachten sie jetzt zum Abschluß. Zwei Förster waren in der Forst in der Nähe von Oranienburg auf Wilderer gestoßen, die ein Reh erlegt hatten. Von diesen mit Feuer empfangen, nahmen sie Deckung hinter Bäumen und schossen wieder. Einer der Wilderer brach getroffen zusammen. Der andere aber setzte das Feuer fort. Da die Förster ihre wenigen Patronen bald erschossen hatten, eilten sie heim, um neue Munition zu holen und der Polizei Anzeige zu machen. Als sie zurückkehrten, war der Angeschossene nicht mehr da. Erst später wurde in einiger Entfernung der unbekannte tote Mann aufgefunden. Die Ermittlungen der Polizei ergaben, daß es ein 50 Jahre alter aus Berlin gehöriger Eisenbahnarbeiter Hermann Havenstein war, der mit einem 51jährigen Schlosser Paul Engel zusammen in der Gegend eine kleine Jagd gepachtet hatte. Engel war am Tage nach dem Zusammenstoß mit den Förstern zu Frau Havenstein gekommen und hatte ihr den Vorfall erzählt. Frau Havenstein behauptet nun, sie habe nicht selbst hinausgehen wollen, sondern zwei junge Männer abgeschickt, die ihr die Sachen holen sollten. Diese hätten sich aber nicht wieder sehen lassen. Obwohl sie genau wußte, daß ihr Mann im Walde erschossen worden war, machte Frau Havenstein bei der Polizei die Meldung, daß sie ihren Mann vermisste. Es besteht der dringende Verdacht, daß Engel den Havenstein von der Stelle des Zusammenstoßes ein Stück Weges weggeschleppt, ihn durch einen Rückschuß in den Kopf getötet, seine Papiere, sein Gewehr und seine Sachen mitgenommen und sich um die Leiche nicht weiter gekümmert hat. Engel wurde deshalb unter dem dringenden Verdacht des Mordes, Frau Havenstein wegen Begünstigung verhaftet.

Die Preise der Woche.

Die in dieser Woche zurzeit geltenden Preise sind:
 Brot auf Marken 2500 Mt., markenfrei 4500 Mt.
 Vollmisch 1300 Mt., Rogermisch 550 Mt. je Liter.
 Mele 55% fache der Grundmele.
 Wasser Kubikmeter 360 Mt.
 Gas Kubikmeter 650 Mt.
 Elektrizität Licht und Kraft 1050 Mt.
 Briefkts 10 960 ab Lager, 11 430 frei Keller.
 Straßenbahn 400 Mt.
 Stadt-, Ring- und Vorortbahn (3. Klasse, 1. Zone) 400 Mt.
 Hochbahn 250 Mt. 3. Klasse bis zur 5. Station.
 Bücher-Schlüsseljahr: 4200.

Zur Verbilligung der Volksspeisung.

Von der sozialdemokratischen Fraktion der Stadtverordnetenversammlung war der Antrag gestellt worden, das Essen aus der Volksspeisung an alle Personen unentgeltlich abzugeben, deren Einkommen die Höhe der gesetzlichen Bezüge der kleinen Sozialrentner nicht erreicht. Von der Stadtverordnetenversammlung wurde dieser Antrag angenommen, vom Magistrat aber abgelehnt. Am letzten Sonnabend hat sich der Ausschuß mit dieser Angelegenheit beschäftigt und beschlossen, daß die Abgabe zurzeit an alle Personen erfolgen soll, deren Einkommen 40 000 M. im Monat nicht übersteigt. In Zukunft soll (da eine Erhöhung der Notstandsunterstützung auf 80 000 M. beabsichtigt ist) die Abgabe an diejenigen, deren Einkommen monatlich die Höhe der Sozial- oder Kleinrentner erreicht, zum halben Preise stattfinden. Bei einem Einkommen von drei Viertel oder mehr dieser Bezüge, soll das Essen für ein Viertel des Preises und bei Bezügen unter der Hälfte kostenlos verabreicht werden.

Den Eltern zur Mahnung.

Die Wichtigkeit einer richtigen Berufswahl wird von diesen Eltern noch nicht hinreichend beachtet. Sie wurde aufs neue von Dr. Lieberberg, dem Direktor des Landesberufsamtes Berlin, in einem Vortrag über „Berufswahl und Berufswechsel in der heutigen Zeit“ dargelegt. Nicht nur für den einzelnen, sondern auch für die Gesamtheit ist es wichtig und heute wichtiger als je, daß möglichst jeder in den für ihn geeigneten Beruf hineingelange. Lieberberg betonte die Notwendigkeit, hochwertigen Facharbeiter herauszubilden, die Qualitätsarbeit leisten können. Dazu bedürfe es allerdings nicht nur der richtigen Auslese bei der Berufswahl, sondern auch eines gut entwickelten Berufsdienstlebens. Wenn die vor der Schulentscheidung stehenden Jungen zum Berufsamt kommen, hört man immer wieder den Wunsch äußern, Metallarbeiter zu werden. Nur die wirklich Geeigneten diesem Berufe zuzuführen, ist Pflicht des Berufsberaters, der im wohlüberlegten Interesse der Jungen handeln und zugleich dem Volksganzen dienen will. Wer sich zum Metallarbeiter nicht eignet, soll sich deshalb nicht für geringer halten, sondern bedenken, daß auch andere Berufe nötig und unentbehrlich sind. Lieberberg wandte sich gegen das Vorurteil, das den verschiedenen Berufen ein ungleiches Maß von Achtung entgegenbringt, obwohl sie alle zum Wohl der Gesamtheit beitragen. Den akademischen Berufen hat der

Kuhkrise und Arbeiterforderungen.

Konferenz der Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre.

Die große Konferenz sämtlicher Gewerkschaftsbetriebsfunktionäre und Betriebsräte, die zum Montagabend vom Betriebssekretariat des Bezirksverbandes Berlin der V.S.P.D. nach den Auslieferungen einberufen war, hatte eine so starke Beteiligung aufzuweisen, daß Saal und Galerien nicht ausreichten, um die große Zahl der Anwesenden zu fassen. Viele mußten mit einem Stehplatz vorlieb nehmen.

Als erster Redner sprach Genosse Alexander Stein über „Kuhkrise und Weltlage“. Einleitend wies der Redner auf das bei der Kuhkrise geprägte Wort von dem Zweifrontenkampf der deutschen Arbeiterklasse hin, das leider auf dem Papier geblieben sei. Die Kuhfront sei von innen erdolcht worden durch die Schichten der Besitzenden, die nur an ihre Profitinteressen dächten. Während die Arbeiter an der Kuh dem passiven Widerstand gegen den französischen Imperialismus leisteten, übten die Besitzenden im Inlande passiven Widerstand gegen den Staat und die kämpfende Arbeiterklasse. Die Arbeiter haben in diesem Kampf ihre Schuldigkeit getan, aber die Besetzungsgewinnler und Marktspesulanten in Stadt und Land sind ihnen in den Rücken gefallen und haben dadurch die Krise verschärft. Wenn es eine Schicksalsgemeinschaft des deutschen Volkes gäbe, wie die Nationalisten phrasenhaft verstanden, wäre das alles nicht eingetreten. Der Garantienorschlag der Industrie ist der beste Beweis, daß auch die Kuhkrise vom Kapital zu geschäftlichen Zwecken ausgenutzt wird. Die Klasse, die bei allen Maßnahmen unter den Schritten gekommen ist, ist die Arbeiterklasse. Unnützig steht die Regierung Cuno da, obgleich die Mark schon unter den Wert der österreichischen Krone gesunken ist. Sie leidet davon, daß man davor zurückschreckt, ihr den Laufpaß zu geben. Die Arbeiterklasse hat alle Ursache, in diesem Augenblick ihre politische Energie nutzbar zu machen. Die Sozialdemokratie muß zeigen, daß sie da ist. (Lebhafte Beifall.) Die Partei ist auch bisher nicht untätig gewesen, aber es gibt Situationen, in denen man den Kampf nicht allein hinter den Kulissen führen darf. Der Streit über Arbeiterregierung oder große Koalition ist ein Streit um Worte. Es handelt sich um eine Summe von positiven und konkreten Forderungen, die die Arbeiterklasse zu stellen hat. Unser Kampf muß vor allen Dingen geführt werden gegen das vertrustete, stinneserische Kapital, das die Regierung Cuno-Becker-Rosenberg bedrückt. Wir müssen im Sinne der Beschlüsse des Internationalen Hamburger Kongresses handeln, die von der deutschen Arbeiterklasse verlangt, daß sie einen entsprechenden Druck auf Regierung und Kapitalisten ausübe, um die Kuhkrise zu überwinden. Mit der Passivität muß Schluss gemacht werden, wenn wir nicht wieder ein Kapitel für die Geschichte der verpassten Gelegenheiten liefern wollen. (Stürmischer Beifall.)

Hierauf sprach als zweiter Referent Genosse Dr. Paul Herz über „Die wirtschaftspolitischen Aufgaben des deutschen Proletariats“. Die Politik der Sozialdemokratie war darauf gerichtet, die Kuhkrise zu verhindern. Demgegenüber glaubte man in den nationalsozialistischen Kreisen, man müsse diese Krise mit in den Kauf nehmen. Die Bestrebungen der sozialdemokratischen Partei wurden sabotiert. Eine gewaltige Verarmung der deutschen Wirtschaft war die Folge der Kuhkrise. Erst später wurde man die Lasten in vollem Umfange verspüren. Heute schon dürften die Kosten auf eine Milliarde Goldmark zu veranschlagt sein. Ein gewaltiger Ausfall in der Produktion werde folgen. Auch eine ganze Gruppe von kleineren Kapitalisten, die nicht wie die Kreise der Großindustriellen ihre Waren auf dem Weltmarkt verkaufen können, werde geschädigt werden. Mit der steigenden Geldentwertung nimmt die Kraft der Sachwertbesitzer zu, über die Kraft des Staates und der Staatsgewalt ab. Als die Regierung Cuno ans Ruder kam, habe man in bürgerlichen Kreisen geglaubt, diese werde das Reparationsproblem lösen können. Die Enttäuschung sei nun eine gründliche. Unter der Regierung Cuno sind die Schulden des Reiches gestiegen von 1 Billion am 20. November auf 10,2 Billionen am 1. Mai. Wehrlich hat sich der Notenumlauf entwickelt, von 643 Milliarden auf mehr als 7,5 Billionen. Ursache für diese trostlose Entwicklung ist die völlige Entwertung der Steuereingänge des Reiches. Nur vier Posten spielen gegenwärtig im Haushalt

des Reiches eine Rolle, und zwar der Lohnabzug, die Umsatzsteuer, die Kohlensteuer und die Zölle. Alle anderen Steuern decken zum Teil nicht einmal die Kosten ihrer Aufbringung. Das gilt insbesondere für die Besitzsteuern. Ihr Anteil ist von 74 Prozent im Jahre 1921 auf 32 Prozent im Voranschlag des Jahres 1923 gesunken. Daß die Lohnsteuer im März 96 Prozent, im Durchschnitt des Jahres 1922 rund 90 Prozent der Einkommensteuer betragen hat, ist ein unerträglicher Skandal. Noch schlimmer ist der Vergleich mit der Körperschaftsteuer. 1921 war diese ein Achtzehntel der Einkommensteuer, 1922 ein Achtundachtzigstel. Die Belastung der Sachbesitzer ist also durch die Geldentwertung gewaltig vermindert worden, die Belastung der Lohnempfänger absolut und prozentual gestiegen. Die Zahl der Körperschaften aber hat sich in den beiden Jahren 1921 und 1922 um 30 000 vermehrt. Die Vermehrung der schwebenden Schuld betrug im März 120 Milliarden Mark. Sie belastete also jede Familie mit vier Kindern um täglich 8000 Mark.

Wir stehen vor der Tatsache, daß sich mit der zunehmenden Geldentwertung die Verhältnisse der Arbeiterklasse verschlechtern. Die große Gefahr ist die ungeheure Kapitalmacht der Trusts und Kartelle. Sie bilden eine rechte Macht über die Arbeiterklasse und den Staat. — Wie jetzt verlaute, ist die Regierung nicht mehr bereit, ein positives Angebot an Frankreich zu machen. Sollten die bürgerlichen Parteien sich dem anschließen, dann ist es wahrscheinlich, daß die Trennung zwischen ihnen und uns vollzogen wird.

Unsere Fraktion bringt eine Interpellation ein, in der sie verlangt, daß

1. Löhne und Renten der Geldentwertung angepaßt werden,
2. die Steuern der Besitzenden eingezogen und durch Erhöhung auf den Goldwert Ordnung in die Finanzen des Reiches gebracht wird,
3. Maßnahmen gegen die Devisenspekulation, vor allem durch die Kontrolle des Devisenverkehrs ergriffen werden.

Was bei unserem Kampf in der Zukunft zu erreichen ist, das hängt nicht nur von uns, sondern von Ihnen ab und von den Genossen, die Sie hier vertreten. Geschlossenheit, Einheitlichkeit und fester Wille werden uns den Weg durch das Labrynth aller entgegenstehenden Schwierigkeiten bahnen und dem Ziel entgegenführen. (Lebhafte Beifall.)

In der anschließenden Diskussion wandte sich Genosse Krille scharfsten gegen das vorliegende Angebot der Industrie, das die Arbeiterklasse niemals schlucken werde. — Genosse Maurer sprach sich für die Anpassung der Löhne an den Dollarsand aus. — Genosse Schönaus hob hervor, daß die Regierung Cuno abgewirtschaftet habe. Uebrigens sei die Regierung mehr Becker-Hessen als Cuno. — Genosse Künster führte aus: Für uns steht die Frage: Wie haben sich jetzt Partei, Gewerkschaft und U.S.-Bund einzustellen? In einem Augenblick, wo das Proletariat an Rhein, Ruhr und Saar einen schweren Kampf zu bestehen hat, muß die deutsche Schwerindustrie diese Kampfstellung für brutale egoistische Kapitalinteressen aus. Es ist an der Zeit, daß die zentralen Körperschaften der Arbeiterbewegung das Proletariat für klare und eindeutige Forderungen mobil machen. Diese außerparlamentarische Mobilisierung der Massen wird im Parlament unserer Fraktion den Kampf erleichtern. (Lebhafte Beifall.)

In seinem Schlusswort wies Genosse Herz darauf hin, daß durch ein bloßes Aufsteigen von Forderungen selbstverständlich noch keine Veränderung der Verhältnisse erreicht werde. Aber es müsse eine Standards ausgerichtet werden, um Klarheit über das zu schaffen, was erreicht werden soll. Von mehreren Genossen sei heute Kritik geübt worden, man habe aber nicht gehört, was sie positiv wollen. Nur die von der Sozialdemokratischen Partei aufgestellten wirtschaftspolitischen Forderungen weisen einen Ausweg aus der katastrophalen Lage.

Um 11 1/2 Uhr schloß Genosse Holz die bedeutungsvolle Versammlung.

Der Verein für gemeinnützige Einfachenwirtschaft hat seit dem 1. Juni seine Geschäftsstelle, in der auch Auskunft über die Einfachgenossenschaften erteilt wird, nur in der Rogdeburger Straße 7 (Radem der „Berksreude“).

50 Jahre in einem Betrieb. In der Buchdruckerei Gebr. Ernst, Zimmerstr. 34, kann der Hilfsarbeiter Ernst Hempel am 9. Juni auf eine 50jährige Tätigkeit in derselben Druckerei zurückblicken.

Das Erdbeben in Persien. Nachrichten aus Teheran zufolge sind bei dem Erdbeben in Turbat-Hadart am 26. Mai 3000 bis 4000 Menschen umgekommen.

Eine Automobilkatastrophe. Blättermeldungen aus Antonienhütte in Oberschlesien zufolge, kam am Sonntag nachmittag ein mit 8 Personen besetztes Auto in der Nähe des Dominikus Groß-Panion auf der abschüssigen Straße zwischen Orzofche und Panlow, vermutlich infolge Ueberlastung, ins Rutschen und fuhr gegen einen Baum, wobei die Besetzung ausging. Als der Chauffeur wieder auf die Fahrerin kommen wollte, fuhr er erneut gegen einen Baum. Durch den zweimaligen wuchtigen Anprall wurden sämtliche Insassen aus dem Auto geschleudert; vier wurden sofort getötet und drei schwer verletzt, wogegen der Chauffeur mit geringen Verletzungen davon kam. Das Auto ging vollständig in Trümmer.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

14. Kreis-Konferenz. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde! Die für Mittwoch angelegte Sitzung wird verlegt auf Sonnabend, den 9. Juni, 7 1/2 Uhr, Besinnungsschule 90. Wkt. Brigg. Mittwoch, den 6. Juni, abends 7 Uhr: Sitzung der Funktionäre in der Räumlichkeit der Baugenossenschaft „Sobal“, Rungelstraße.

Devisenkurse.

	5. Juni		4. Juni	
	Käufer (Gold-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs	Käufer (Gold-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs
1 holländischer Gulden	24389.—	24461.—	30124.50	30275.50
1 argentinische Papier-Peso	21945.—	22065.—	26683.—	26768.—
1 belgischer Frank	8468.—	8484.—	4229.—	4281.—
1 norwegische Krone	10340.—	10401.—	12867.50	12932.50
1 dänische Krone	11396.—	11454.—	14064.50	14135.50
1 schwedische Krone	16568.50	16641.50	20240.—	20351.—
1 finnische Mark	—	—	2084.50	2095.50
1 japanischer Yen	81421.—	81579.—	36406.50	36501.50
1 italienische Lire	2892.50	2907.50	3531.—	3589.—
1 Dollar Sterling	284257.—	285718.—	351120.—	352880.—
1 Dollar	62343.—	62657.—	76009.—	76391.—
1 französischer Frank	4019.50	4040.50	4922.50	4947.50
1 brasilianischer Milreis	6483.50	6516.50	7481.—	7519.—
1 Schweizer Frankl.	11408.—	11464.—	13740.50	13809.50
1 spanische Pesta	9728.50	9774.50	11421.—	11479.—
100 österr. Kronen (abgef.)	—	—	105.73	106.27
1 tschechische Krone	1925.—	1935.—	2269.—	2271.—
1 ungarische Krone	—	—	13.56	13.84
1 bulgarische Lewa	—	—	773.73	777.37
1 jugoslawischer Dinar	—	—	924.50	929.50

Glaube, daß sie die höchste Achtung verdienen, früher viele Ungerechtigkeiten zugeführt. Die Verschlechterung der Aussichten des Akademikers bewirkt heute, daß dem Hochschulstudium wenigstens die fernbleiben, denen es dabei nur um den Erwerb zu tun ist. Über der Mittelstand, aus dem vor dem Kriege etwa zwei Drittel der Studentenschaft hervorgingen, hat sich auch heute von dem überliefernten Vorurteil noch nicht ganz freigemacht. Vor allen sollten die Handwerker selber anfangen, ihre Söhne wieder Handwerker werden zu lassen. Nicht Architekt, sondern Maurer oder Zimmermann, nicht Ingenieur, sondern Maschinenbauer müßte der Junge werden. Der Redner berührte auch die Frage der Erwerbsarbeit alter Leute, die jetzt durch die Not der Zeit hart bedrängt werden. Auch ihnen noch eine Arbeitsmöglichkeit zu schaffen, ist besonders schwer.

Dissidenten als Freiwild für Steuerbehörden.

Die Klagen und Beschwerden über ungerechte kirchensteuerliche Behandlung von Personen, die seit Jahren aus den drei großen Religionsgemeinschaften ausgestiegen sind, wollen nicht verstummen. Aus Friedenau schreibt uns eine Genossin:

„Wer schützt die Dissidenten vor der Ungläubigkeit der Steuerbehörden, die unentwegt von den Dissidenten Kirchensteuern einstreifen wollen? Ich habe beim Vorstehenden des zuständigen Finanzamtes und bei der Steuerklasse schon dreimal Protest eingelegt. Man hat mir bestätigt, daß ich als Dissidentin (seit 1919) geführt werde und heute drohe man mir Pfändung an, weil ich für 1922 nicht 112 M. bezahlt habe (die Wohngebühren, offenbar ohne die Arbeitszeit des Beamten, betragen 60 M.). Bileicht wäre es ein Ansporn, die Listen in Ordnung zu bringen, wenn der verantwortliche Beamte die Selbstkosten für zu Unrecht erfolgende Veranlagungen und Mahnungen aus seiner Tasche zahlen müßte. — Ich weis in dem vorliegenden Falle, daß meine Veranlagung zur jüdischen Gemeindesteuern infolge meiner ironischen Proteste Gegenstand der Unterhaltung im Finanzamt und auf der Steuerklasse gewesen ist — aber bis zur Umwidmung hat es offenbar nicht gereicht. Hinzufügen kann ich, daß die zuständige Steuerklasse soeben behauptet, sie sei im Recht. In allen Zweifelsfällen veranlagte sie zu irgendeiner Kirchengemeinde.“

Da sich offenbar die für diese Zustände verantwortlichen Behörden nicht entschließen können, in ihre Buchungsberichte Ordnung hineinzubringen, so wird nichts übrig bleiben, als in Zukunft die Namen derjenigen Beamten, die die ungerechte Steuererhebung bzw. Pfändung veranlassen, zu veröffentlichen.

Jugend und Alkohol. Bieleachen Anregungen folgend, veranstaltet das Bezirksamt Friedrichshain im Monat Juni einen Vortragskursus „Jugend und Alkohol“. Für den Vortragskursus sind führende Persönlichkeiten gewonnen worden. Die Vorträge finden in der Aula der 203. Knaben-Schule, Petersburger Str. 4, statt. Der Beginn ist auf abends 8 Uhr angesetzt.

Die gemeinnützige Gesellschaft Werkreude zeigt auf der Ausstellung für Mittelschulbildung im Sportpalast (3.—10. Juni) Kleider, Schuhe und Spielzeug. Auskunft über Verkauf gegen Ratengahlung am Werkreude-Stand in der Ausstellung oder im Hauptgeschäft, Rogdeburger Straße 7.

